



***Gute Arbeit und faire Mobilität
in einem Europa des sozialen
Fortschritts***

***Strategie- und Aktionsplan des
Interregionalen Gewerkschaftsrates
Elbe-Neiße 2011-2013***



Der Interregionale Gewerkschaftsrat (IGR) Elbe-Neiße hat sich seit seiner Gründung im Jahr 1993 für eine solidarische Entwicklung des Grenzraums in der Europäischen Union eingesetzt. Er lebt die Idee des Ausgleichs und des Zusammenhalts der Nachbarländer und Nachbarregionen. Der IGR hat sich als soziales Gewissen profiliert und zum Zusammenwachsen des gemeinsamen Grenzraums beigetragen.

Die solidarische und ausgewogene Entwicklung des Grenzraums verlangt ein soziales Europa, in dem die wirtschaftliche und soziale Spaltung aktiv überwunden wird. Der soziale Fortschritt in der Europäischen Union konnte mit der Entwicklung des Binnenmarktes nicht Schritt halten. Damit läuft die EU Gefahr, eher als Bedrohung denn als treibende Kraft für soziale Gerechtigkeit in Europa betrachtet zu werden.

Die Finanz- und Wirtschaftskrise hat die Fokussierung der Europäischen Union und ihrer Mitgliedsländer auf das wirtschaftsliberale Credo weiter verschärft. Im Mittelpunkt der Strategien stehen:

- Flexibilisierung auf dem Arbeitsmarkt
- Kapitalisierung der Systeme der sozialen Sicherheit
- Privatisierung öffentlicher Güter und Dienstleistungen

Die Kürzungspolitik in den Ländern der Europäischen Union führt dazu, dass nicht die Verursacher der Krise, sondern die Bevölkerung und insbesondere die sozial Schwachen, die Kosten zahlen sollen. Durch die Kürzungen bei Investitionen, Bildung, Jugend, Sozialleistungen, Löhnen und Gehältern, wird die Zukunft der Menschen massiv gefährdet und die wirtschaftliche und soziale Spaltung in Europa weiter verschärft. Grundvoraussetzung für das Vertrauen der Menschen in die europäische Idee ist aber die aktive Förderung eines sozialen Europas.

Europa muss dem Unterbietungswettbewerb der Mitgliedsstaaten um den geringsten Sozial- und Beschäftigungsschutz etwas entgegensetzen. Wachstum, ökologischer Fortschritt und sozialer Zusammenhalt müssen ins Gleichgewicht gebracht werden.

Sektorale Vernetzung

Auf dem Gebiet des Interregionalen Gewerkschaftsrates Elbe-Neiße ist die sektorale Vernetzung der Gewerkschaften und betrieblichen Arbeitnehmervertretungen in den vergangenen Jahren weit fortgeschritten. Als Beispiele sind die Textilindustrie, das Gesundheitswesen, die Metallbranche und die Eisenbahn zu nennen. Im Rahmen dieser sektoralen Aktivitäten haben sich Netzwerke herausgebildet, die sowohl betriebliche als auch struktur- und beschäftigungspolitische Problemstellungen bearbeiten. Der Soziale Dialog hat damit im Grenzraum an Bedeutung gewonnen.

Zur Verbesserung der Arbeits- und Lebensverhältnisse müssen wesentlich die Tarifabschlüsse der kommenden Jahre beitragen. Der Tarifabschluss in der deutschen Stahlindustrie und die darin enthaltene Verpflichtung zur Gleichstellung von Leiharbeitern und Stammebeschäftigten, ist ein gutes Beispiel für die Gestaltungsmöglichkeiten der Gewerkschaften. Der Austausch und die Unterstützung in der Tarifpolitik werden grenzüberschreitend verstärkt.

Aktivitäten des Interregionalen Gewerkschaftsrates Elbe-Neiße

- Austausch über die Ziele und Strategien der Tarifpolitik in den Ländern,
- Veranstaltung „Strategien und Antworten der Tarifpolitik in der Krise“,
- Stärkung und Ausbau der sektoralen Vernetzung im Dreiländereck,
- Unterstützung der Gewerkschaften bei der Gewinnung von Fördermitteln,
- Vermittlung von Branchenkontakten und betrieblichen Kontakten.

Experten aus Polen und Tschechien beklagen bereits heute fehlende Fachkräfte in bestimmten Branchen. Sie fürchten einen Rückgang von Investitionen in der Region aufgrund fehlender Fachkräfte. Fachkräftelücken bestehen bereits im Bereich Gesundheitswesen und Pflege. Hinsichtlich der Beschäftigung von ausländischen Fachkräften in Sachsen gehen wir davon aus, dass diese zwar im Einzelfall Fachkräftelücken in Sachsen schließen können, jedoch grundsätzlich von einer Abwerbung von Fachkräften aus den Nachbarländern zugunsten einer nachhaltigen Personalentwicklung im eigenen Land abgesehen werden sollte.

Angesichts der demographischen Entwicklung im gesamten Dreiländereck sollten vielmehr grenzüberschreitende Ansätze entwickelt werden, um junge Menschen in der Region zu halten. Wesentliche Aspekte sind die Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit und die Verbesserung der Ausbildungs-, Arbeits- und Lebensbedingungen für junge Menschen im Dreiländereck. Dabei kann die Arbeitsmarktpartnerschaft EURES-TriRegio die regional im Dreiländereck bestehenden Perspektiven aufzeigen.

Aktivitäten des Interregionalen Gewerkschaftsrates Elbe-Neiße

- Ausbau der kontinuierlichen Zusammenarbeit der Gewerkschaftsjugend,
- Entwicklung eines Jugendrates des IGR Elbe-Neiße,
- Information zu Arbeits- und Sozialstandards in den drei Ländern,
- Initiativen zur Umsetzung der Anerkennung von Schul- und Berufsabschlüssen,
- Schaffung von interkulturellen Angeboten für Jugendliche,
- Bildungs- und Freizeitangebote für Jugendliche im Grenzraum,
- Verstärkung der Zusammenarbeit mit anderen Verbänden und Organisationen,
- Entwicklung jugendgerechter Methoden zur Mitgliedergewinnung,

Wir fordern daher eine wirksame Verpflichtung der Europäischen Union auf den sozialen Fortschritt. Wir setzen der sich verschärfenden Konkurrenz den Grundsatz der Solidarität in einem erneuerten Europa entgegen. Unser Ziel ist die Sicherung von guter Arbeit und fairer Mobilität in einem sozialen Europa. Damit verbinden wir wirtschafts-, arbeitsmarkt- und sozialpolitische Zielstellungen und Handlungsfelder.

Der Interregionale Gewerkschaftsrat Elbe-Neiße arbeitet mit den nationalen Gewerkschaftsbündeln und ihren Gliederungen sowie dem Europäischen Gewerkschaftsbund eng zusammen.

Nicht hinnehmbar ist für uns das Erstarken rechtsextremistischer Einstellungen und Gruppierungen in Europa und im Grenzraum. Dem werden wir weiterhin grenzüberschreitend entschieden entgegenzutreten.

Aktivitäten des Interregionalen Gewerkschaftsrates Elbe-Neiße

- Verbreitung der interregionalen Initiativen durch die Verbesserung der Kommunikation mit den zentralen Vorständen der Gewerkschaften,
- Intensivierung der Zusammenarbeit der Interregionalen Gewerkschaftsräte mit dem Europäischen Gewerkschaftsbund,
- Stärkung der Position der Interregionalen Gewerkschaftsräte gegenüber der Europäischen Kommission,
- Bekämpfung des Rechtsextremismus durch gemeinsame Aktionen.

Strukturpolitik

Ziel der europäischen Strukturpolitik ist die Verringerung der bestehenden Unterschiede des ökonomischen Entwicklungsstandes der einzelnen Regionen und die Überwindung der Arbeitslosigkeit. Angesichts bestehender Rückstände im Grenzraum bezüglich der Wirtschaftsstruktur, der FuE-Kapazitäten, der Beschäftigungsquoten und der Beteiligung am Lebenslangen Lernen besteht akuter Handlungsbedarf. Statt in die Zukunft der Menschen und der Region zu investieren, drohen die geplanten Kürzungen den Rückstand jedoch weiter zu verstärken.

Der Interregionale Gewerkschaftsrat Elbe-Neiße setzt sich aktiv für das Zusammenwachsen des Grenzraums Sachsen-Nordböhmen-Niederschlesien ein. Zur Verringerung der bestehenden wirtschaftlichen Unterschiede und der Überwindung der Arbeitslosigkeit im Grenzraum sprechen wir uns für eine enge Verknüpfung von Wirtschafts- und Arbeitsmarktpolitik aus. Die Einhaltung und Durchsetzung von bestehenden Arbeits- und Sozialstandards ist für uns eine Pflicht. Bei der Gestaltung des strukturellen Wandels im Grenzraum setzt der Interregionale Gewerkschaftsrat auf die Entwicklung und Stabilisierung regionaler Netzwerke und Cluster.

Angesichts ähnlicher Problemlagen können regionale Strategien nicht mehr an den Grenzen enden. In den Grenzräumen müssen interregionale strukturpolitische Strategien entwickelt und umgesetzt werden, die das Ziel einer nachhaltigen und zukunftsorientierten Entwicklung verfolgen. Entwicklungsfortschritte in einer Region dürfen nicht zu Rückschritten bzw. Problemen in der benachbarten Region führen.

Eine moderne interregionale Strukturpolitik braucht umfassende grenzüberschreitende Regionalentwicklungskonzepte im Dreiländereck, welche unter anderem die Entwicklung der Wirtschaftsbranchen, des Arbeits- und Ausbildungsmarktes, die demographische Entwicklung sowie Aspekte der Sozialraumplanung umfassen.

Aktivitäten des Interregionalen Gewerkschaftsrates Elbe-Neiße

- Aktivitäten zur Durchsetzung von „Guter Arbeit im Dreiländereck“,
- Information und Beratung zu Arbeits- und Sozialstandards in den drei Ländern,
- Aktivitäten zur Einhaltung der Arbeits- und Sozialstandards in der EURES-TriRegio,
- Kontinuierliche Beobachtung des Arbeitsmarktes im Grenzraum,
- Grenzüberschreitende Maßnahmen zur Eindämmung von Leiharbeit,
- Entwicklung und Durchführung von Modellvorhaben zur Fachkräfteentwicklung,
- Wissensaustausch und Entwicklung von Initiativen zum Vergaberecht.

Jugend und Ausbildung

In den zurückliegenden Jahren haben viele Jugendliche die Region wegen fehlender Ausbildungs- und Arbeitsmöglichkeiten sowie niedriger Einkommen verlassen, um in anderen europäischen Regionen Ausbildung und Arbeit zu finden. In Sachsen hat dies im Zusammenspiel mit niedrigen Geburtenzahlen bereits zu einer deutlichen Änderung der Altersstruktur der Gesellschaft geführt. Auch in Tschechien und Polen wird in den kommenden Jahren der Anteil der Jugendlichen an der Bevölkerung sinken.

Die Jugendlichen der Gewerkschaften im Grenzraum sehen es als ihre Aufgabe, im Dreiländereck gemeinsam Lebens- und Arbeitsperspektiven zu schaffen. Sie wollen zum Zusammenwachsen in Europa beitragen und die Arbeitssituation für Jugendliche in Europa verbessern.

Jugendliche und junge Arbeitnehmer gehören zur mobilsten Bevölkerungsgruppe im Dreiländereck. Die Fachkräfteentwicklung sollte aus Sicht der Gewerkschaften eine grenzüberschreitende und nachhaltige Sichtweise verfolgen. Für die Beschäftigung im Grenzraum müssen die eigenen nationalen Aufgaben bezüglich Erstausbildung, betrieblicher Weiterbildung und Qualifizierung von Arbeitslosen erledigt werden. Die Abwerbung qualifizierter Arbeitnehmer aus Nachbargebieten wird perspektivisch zu Problemen in diesen Regionen führen, da dort aufgrund der gleichen Schwerpunktbranchen ähnliche Fachkräftebedarfe bestehen.

Die Europäische Kommission und das Europäische Parlament werden aufgefordert, die Informations- und Beratungsangebote der Gewerkschaften in den EURES-Grenzpartnerschaften und konkret in der EURES-TriRegio stärker zu fördern und das Budget für die Grenzpartnerpartnerschaften in den kommenden Haushaltsjahren zu erhöhen. Der Freistaat Sachsen wird aufgefordert, im Rahmen der Umsetzung der Dienstleistungsrichtlinie spezifische Informations- und Beratungsangebote selbst bereitzustellen oder finanziell zu fördern.

Zum Schutz von mobilen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern sowie von Unternehmen vor Dumping und unfairem Wettbewerb, ist in Deutschland die Ausweitung des Entsendegesetzes auf alle Branchen sowie die Einführung eines gesetzlichen Mindestlohns in Höhe von 8,50 Euro dringend erforderlich. Mit effektiven Kontrollen muss die Einhaltung der Arbeits- und Sozialstandards am Arbeitsort für alle Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, gleich welcher Herkunft sichergestellt werden. In die Vergabegesetze müssen Klauseln zur Einhaltung von Tarifverträgen, Mindestlöhnen und ILO-Normen aufgenommen werden.

Eine besonders hohe Gefahr des Sozialdumpings besteht beim grenzüberschreitenden Einsatz von Zeit- bzw. Leiharbeitnehmern. Um die Leiharbeitnehmer und die Stammebelegschaften vor Arbeits- und Sozialdumping zu schützen, muss das Prinzip „Equal Pay“, zumindest aber die schnelle Aufnahme der Mindestlohtarifverträge der DGB-Gewerkschaften in das Entsendegesetz, die Kontrolle der Einhaltung im Zielland, die Stärkung der Mitspracherechte der Betriebsräte / gewerkschaftlichen Grundorganisationen in den Entleih- und Verleihbetrieben erfolgen.

Die ins Ausland vermittelnden Arbeitsverwaltungen sollten bei der grenzüberschreitenden Vermittlung besonderes Augenmerk auf die Einhaltung der Arbeits- und Sozialstandards in den Zielunternehmen legen. Die Vermittlung in Beschäftigung mit sittenwidrigen Löhnen muss selbstverständlich ausgeschlossen werden.

Als erster Schritt ist es dringend erforderlich, die defizitäre Datenlage auf Ebene des Grenzraums bezüglich Bevölkerungsprognosen, Schulabgängerzahlen, Arbeitskräftebedarf der Unternehmen, der grenzüberschreitenden Mobilität von Arbeitnehmern (Grenzgänger, Entsandte, Saisonarbeiter etc.) zu verbessern.

Die Regionalentwicklungskonzepte sollen in eine Strategie für das Dreiländereck 2020 münden. Dazu fordern wir die Einrichtung eines Wirtschafts- und Sozialausschusses aus Vertretern der Regierungen, der Gewerkschaften und Arbeitgebern. Dieser soll zur kontinuierlichen Erörterung grenzüberschreitender Herausforderungen und Entwicklungsperspektiven, zur Entwicklung konkreter Ziele, zur Evaluierung der Ergebnisse und Anpassung der Strategien dienen. Damit kann ein wesentliches Defizit der Lissabonstrategie, die fehlende Beteiligung (ownership) der regionalen Ebene und der Sozialpartner, aufgehoben werden. Das Dreiländereck Sachsen-Nordböhmen-Niederschlesien kann damit eine Voreiterrolle in Europa einnehmen, indem es vor Ort, sozialpartnerschaftlich und grenzüberschreitend zur konkreten Umsetzung der Strategie „Europa 2020“ beiträgt.

Die interregionale Strategie „Dreiländereck 2020“ sollte den Förderinstrumenten der Europäischen Union, der Mitgliedsstaaten und der Regionen zu Grunde gelegt werden. Die Förderinstrumente müssen der Sicherung und Schaffung von Beschäftigung in der Region dienen.

Aktivitäten des Interregionalen Gewerkschaftsrates Elbe-Neiße

- Initiativen für die Entwicklung einer Strategie für das Dreiländereck 2020
- Trilaterale Veranstaltung zur Entwicklung des Dreiländerecks 2020,
- Unterstützung des sozialen Dialogs im Grenzraum,
- Entwicklung von Modellprojekten zur Gestaltung des grenzüberschreitenden Wirtschafts- und Arbeitsraums von Arbeitnehmerseite,
- Stärkung regionalpolitischer Ansätze in den Haushaltsdebatten der EU und der Länder,
- Mitbestimmung bei der Ausgestaltung der EU-Strukturfonds nach 2013.

Liberalisierung öffentlicher Dienstleistungen

Der Kürzungskurs der Regierungen in Deutschland, Tschechien und Polen wird die miserable Finanzsituation der öffentlichen Daseinsvorsorge weiter verschärfen und der Liberalisierung der öffentlichen Dienstleistungen weiter vorantreiben. Einrichtungen der staatlichen und kommunalen Daseinsvorsorge werden zunehmend aus dem öffentlichen Sektor ausgegliedert: Post und Telekommunikation, Verkehrs- und Versorgungsbetriebe, Krankenhäuser, Sicherheitsdienste etc. Das hat Auswirkungen sowohl auf die Dienstleistungsqualität als auch auf die Arbeits- und Mitbestimmungsbedingungen in den Unternehmen.

Wir als Gewerkschaften halten öffentliche Dienstleistungen aus sozialen und wirtschaftlichen Gründen für unverzichtbar und für den Zusammenhalt der Regionen in Europa notwendig. Sie müssen eine hohe Qualität haben, für alle zugänglich und bezahlbar sein.

Aktivitäten des Interregionalen Gewerkschaftsrates Elbe-Neiße

- Unterstützung der europaweiten Aktivitäten des Europäischen Gewerkschaftsbundes
- Gegenseitige Information über Finanzreformen, die Sozial- und Steuerpolitik in den drei Ländern,
- Sektoraler Dialog zur Privatisierung von öffentlichen Dienstleistungen (z.B. Krankenhäuser)

Beschäftigungspolitik

Die in der Lissabonstrategie bis 2010 formulierten Ziele zur Erhöhung der Beschäftigungsquote auf 70% aller Erwerbsfähiger, 60% der Frauen und 50% der Älteren, wurde im Dreiländereck Sachsen – Nordböhmen – Niederschlesien verfehlt. Vielmehr hat sich in den drei Ländern der Trend zu unsicherer und schlecht bezahlter Arbeit verstärkt. Zeitarbeit und prekäre Beschäftigung haben zugenommen.

Mit der Finanz- und Wirtschaftskrise wurde die Schutzlosigkeit bestimmter Beschäftigter wie Zeitarbeiter und mobiler Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer offensichtlich. Sie verloren als erste ihre Arbeit und es setzte eine Rückwanderung quer durch Europa ein.

Statt Lehren aus der Krise zu ziehen und für mehr soziale Sicherheit zu sorgen, setzen die Regierungen auf noch mehr Flexibilität und weniger soziale Sicherheit. Prekäre Beschäftigung und Leiharbeit erleben gegenwärtig einen neuen Aufschwung.

Eine Reihe von Entscheidungen des Europäischen Gerichtshofs hat zu einer Verschlechterung des Schutzes grenzüberschreitend tätiger Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer geführt, indem Arbeitnehmer- und Gewerkschaftsrechte eingeschränkt und die Entsenderichtlinie ins Gegenteil verkehrt wurde. Die Gewerkschaften fordern daher eine wirksame Verpflichtung der EU auf den sozialen Fortschritt, damit im Konfliktfall soziale Grundrechte Vorrang vor wirtschaftlichen Freiheiten haben. Die Entsenderichtlinie muss entsprechend ihrer ursprünglichen Ausrichtung wieder zum Mindeststandard werden, der nationale Tarifsysteme respektiert. Bezogen auf die Europäisierung der Arbeitsmärkte braucht die Strategie Europa 2020 eine klare soziale Ausrichtung für ein Europa mit gerechten Arbeitsstandards, mehr Sicherheit für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer sowie ein Bekenntnis für gute und menschenwürdige Arbeit.

Die Gewerkschaften stellen das Arbeitsortprinzip nach dem Grundsatz „gleicher Lohn für gleiche Arbeit am gleichen Ort“ sowie das Konzept der „Guten Arbeit“ und der „Fairen Mobilität“ bei der Arbeitnehmerfreizügigkeit und Dienstleistungsfreiheit in den Vordergrund. Der Wettbewerb zwischen Regionen und Unternehmen darf nicht zu Lasten der Beschäftigten ausgetragen werden, indem er zu einer Abwärtsspirale bei den Arbeits-, Sozial- und Lohnstandards führt. Die bestehenden Standards müssen für alle Beschäftigten, gleich welcher Herkunft gelten.

Mit der Herstellung der vollen Arbeitnehmerfreizügigkeit und Dienstleistungsfreiheit am 1. Mai 2011 wird sich das Interesse an der grenzüberschreitenden Beschäftigung im Dreiländereck deutlich erhöhen. Im Grenzraum Sachsen-Nordböhmen-Niederschlesien, in dem Unterschiede in der Entlohnung sowie den Arbeits- und Sozialstandards direkt aufeinandertreffen, ist es eine zentrale Herausforderung, Arbeitnehmermobilität unter fairen Bedingungen zu gestalten.